



Preis: 1.25 monatlich, 12.50 vierteljährlich, 47.50 halbjährlich, 92.50 jährlich. Druck: 1.25 monatlich, 12.50 vierteljährlich, 47.50 halbjährlich, 92.50 jährlich. Anzeigensatz: 1.25 pro Zeile pro Tag. Adressen: Halle, Postamt 11, 1.25 monatlich, 12.50 vierteljährlich, 47.50 halbjährlich, 92.50 jährlich.

Der Ruf der Ostmark nach Waffenschutz

Der kritische Punkt in Versailles
Journal des Debats erklärt, man scheint tatsächlich an dem kritischen Punkte der seit mehreren Wochen dauernden Ereignisse angelangt zu sein. Sowohl in der Räumungsfrage wie auch in der Frage der Verteilung der Kolonien in Kleinasien und der territorialen Schicksalsfrage in Afrika sei man in die entscheidende Phase eingetreten. Das Blatt hebt hervor, daß die Lösung auch Verhandlungen in der Zusammenfassung der italienischen Delegation noch liegt. Die Entscheidung der Gründe werden die Verhandlungen eingehen. Das Blatt glaubt übrigens, daß die italienische Regierung zwei Lösungen für die Zusammenfassung ins Auge fassen könnte: die Bildung einer rein italienischen Delegation mit Marquis Ambrosio, oder die Bildung einer Delegation mit Marquis Ambrosio, oder die Bildung einer Delegation mit Marquis Ambrosio, oder die Bildung einer Delegation mit Marquis Ambrosio.

Eine sonderbare Ansicht
Paris 23. Mai.
Die Antwort der Alliierten auf die Note des Grafen Brath-Straun vom 13. Mai über die wirtschaftlichen Bestimmungen erklärt, die in der Note enthaltenen Bestimmungen bezüglich der Bevölkerung, der Schifffahrt, der Kohlen, der Industrie usw. seien übertrieben. Deutschland müsse sich vorangehen, daß es aus dem Unglück, das über die Welt gekommen, und für das es hauptsächlich verantwortlich sei, nicht ohne Einbuße hervorgehen könne.

abhold sind. Eine Befehung würde jedoch eine unheilvolle Unternehmung für die Länder bedeuten, die sie ausführen. Sie würde eine unbeschränkte Ausdehnung der Dientpflicht und die Anwesenheit großer Heere zur Eintreibung von Schulden bei einem widerwilligen, verfallenen und widerwilligen Volk bedeuten. Sie würde die Alliierten in Konflikte bringen, die die Quelle zahlreicher Schwierigkeiten sein würden. Sie würde aus Deutschland sicher nicht mehr herauslocken, als dieses Land imlande ist, zu bezahlen. Sie würde auf unbeschränkte Zeit den Bänderbund zu einem verfehlten Weg machen und den Weg für einen unermesslichen Krieg vorbereiten. Die andere Möglichkeit ist die, einen solchen Frieden mit Deutschland abzuschließen, den Deutschland annehmen kann mit der Hoffnung für die Zukunft und mit dem Vertrauen auf die guten Absichten der Alliierten und mit dem Zwang, nicht nur seine Schulden bezahlen zu müssen, sondern auch seinen Platz in der Gemeinschaft der Völker einnehmen zu dürfen.

Kein Anschluß Oesterreichs?
(Eigene Drahtmeldung der „D. Z.“)
Paris 23. Mai.
Der französische Sondergesandte in Wien, Simon, ist nach Paris zurückgekehrt und berichtete hier den Anfragern, daß es mit dem Anschluß Oesterreichs an Deutschland endgültig vorbei sei. Die Alliierten unterstützen die Anschauung Frankreichs, daß ein ganz unabhängiges Oesterreich für die Stabilität des neuen Mittel- und Osteuropas nötig sei und Oesterreich würde sich damit befinden, wenn man ihm klar mache, daß es nur auf diese Weise sich sein Existenzminimum sichern könne.

Nordfrankreichs Bergwerke
Berlin, 23. Mai.
Auf eine von Nordfrankreich über die deutschen Waffensstillstandskommission in Spa unterbreitete Note um Erklärung der Äußerungen über die methodische Förderung der Bergwerke in Nordfrankreich erwiderte die deutsche Waffensstillstandskommission, solche Äußerungen nicht, da die Erwartungen nicht methodisch, sondern nach der Kriegslage von Fall zu Fall angeordnet werden seien. Es seien nur wenige zusammenhängende Regionen vorhanden, die allein durch einen mit den Ökonomieleistungen vertrauten Sachverständigen erläutert werden könnten, was immerhin von Nutzen beim Wiedereinsatz sein würde. Die deutsche Regierung erklärte sich bereit, den betreffenden Delegationen zur Abgabe der Erläuterungen im Gebirgsaufbau mit den französischen Bergwerksdirektoren zu entsenden. Auf diesen Vorschlag teilten die Franzosen am 22. Mai in Spa mit, daß Ansetz der deutschen Regierung werde mit Dank angenommen. Es wird vornehmlich, die Zusammenkunft der beiderseitigen Vertreter in Spa abzuschließen.

Rumänien gegen die Untergangswirtschaft
Bern, 23. Mai.
Nach einer Meldung des Rumänischen Pressebüros hat sich in Rumänien auf die Nachricht, der Friedenskonferenz beschickte, die Hälfte des Banats an Serben und einen großen Teil der Dobruja an Bulgaren auszuweisen, eine Woge zur Verteidigung der Einheit des Banats gebildet, der die vornehmlichen Persönlichkeiten des Landes angehören. Rumänien bestrebt sich, es in der Meldung, am Vorabend ernannter Ergebnisse.

Die Völkerbundantwort Clemenceaus
(Eigene Drahtmeldung der „D. Z.“)
Paris 23. Mai.
Dem „Somme Libre“ zufolge, antwortet Clemenceau auf die deutsche Note betreffend den Völkerbund: Die Antwort ist nach längerer Erwägung der deutschen Vorkläufe der Ansicht, daß die im Friedensvertrag enthaltenen Vorkläufe nicht praktikabel und im Hinblick auf die Erreichung der Ziele der Völkerbund der Nationen besser festgesetzt sind, als die der deutschen Regierung. Der Vorkläufe sind hinsichtlich des Friedensvertrags fest, daß die Vorkläufe der Völkerbund einer Weltöffentlichkeit genügt ist, welche geachtet ist, zur Weltöffentlichkeit auf der Durchführung der allgemeinen Grundsätze der Demokratie begründeten Friedens.

Gegen den Friedensvertrag
Amsterdam, 23. Mai.
Die englischen Blätter vom 21. veröffentlichten ein Manifest des Nationalen Friedensrates (National Peace Council), in dem der Friedensvertrag verworfen wird, weil er dem republikanischen und revolutionären Deutschland eine Behandlung zuteil werden lasse, wie sie einem militärischen Oberherrn in Deutschland gegenüber nicht hätte schlimmer sein können, und dies trotz der vielen Erläuterungen während des Krieges, daß die Alliierten nicht gegen das deutsche Volk kämpften, sondern gegen eine imperialistische und militaristische Herrschaft in Deutschland. Der Friedensvertrag müßte als Instrument für eine dauernde Regelung von jedem Demokraten, Pazifisten und Internationalisten zurückgewiesen werden.

Hefferich über die Untergangswirtschaft
(Von unserem h. Sonderberichterstatter.)
Berlin, 23. Mai.
Staatsminister a. D. Hefferich sprach heute nachmittag vor den Mitgliedern des Verbandes Berliner Großhändler und Grobkaufleute in der Handelskammer und beschränkte sich eingehend mit den einzelnen Bedingungen des Friedensvertrages. Er kam zu dem Ergebnis, daß sie abzulehnen seien, weil sie ein Staats- und Wirtschaftselben unmöglich machen. Werde der Friedensvertrag unterschrieben, dann könne uns nur ein neuer Krieg oder eine neue Revolution retten. Von einer Untergangswirtschaft könne dann überhaupt keine Rede mehr sein, sondern nur noch von einer Untergangswirtschaft. Wegen die modernen Mächte England und Frankreich ins Land bringen, und ihren Frieden eskalieren. Er müßte jeder Regierung auferlegt, selbst einer, die noch weiter links liege, nicht zu unterschreiben.

Zwei Möglichkeiten bei einer Ablehnung
Eine englische Ansicht.
London, 23. Mai.
„Daily News“ schreibt über die Deutschland zugesandene Note, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen, in einem Artikel: Wenn dieser Fall eintritt, bleiben den Alliierten zwei Möglichkeiten offen: Die eine besteht darin, den Vertrag zu revidieren, die andere darin, Deutschland zu belegen. Der letztere Weg würde eine gewaltige Aufgabe bedeuten. Nicht daß etwa Deutschland Wiederhand leisten würde. Es besteht immer Grund zur Annahme, daß einflußreiche Elemente in Deutschland einer solchen Lösung nicht

Sür unseren Kaiser!
(Von unserem h. Sonderberichterstatter.)
Frankfurt a. M., 23. Mai.
Der Frankfurter Arbeiterverein des Bundes deutscher Männer und Frauen zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelms II. hat an die niederländische Regierung in Haag folgendes Telegramm geschickt:
„Wir bitten die Regierung Ihrer Majestät, unter allen Umständen die brutale, widerrechtlich und für die königliche Regierung ehrenrührige Zumutung, unseren ehemaligen Herrscher auszuliefern, abzulehnen und so zu verhindern, daß unter herbeiführung Feinde uns auch noch diese letzte und größte Schande antun. Die Schmach einer Auslieferung würde dem deutschen Volk als ein Malakel anhaften, unter dem noch viele Generationen unglücklich leiden müßten. Wir bitten auf die Ehre des holländischen Volkes und den Gerechtigkeitssinn seiner Regierung und bitten, die Auslieferung nicht auszuführen. Sie wäre mit der Ehre des niederländischen Volkes nicht vereinbar.“
Nebenfall sollten in Deutschland die Getreuen zusammenstehen, um durch einmütige Kundgebungen das Leben und die Freiheit unseres Kaisers zu sichern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905241-16/fragment/page=0001

